

Resolution

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, den Kabinettsbeschluss zur Zusammenlegung der staatlichen Schulämter Heidelberg, Mannheim, Rhein-Neckar-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis zu revidieren und ein staatliches Schulamt in Heidelberg zu belassen.

Begründung

Die Heidelberger Gemeinderat ist schockiert über die Entscheidung des Stuttgarter Kabinetts, die staatlichen Schulämter für Heidelberg, Mannheim Rhein-Neckar und den Neckar-Odenwaldkreis zusammenzulegen und darüber hinaus den Standort der neuen Behörde an den äußersten westlichen Rand des neuen Schulbezirks, nach Mannheim zu vergeben.

Die Landesregierung hat am 1. April 2008 Fakten geschaffen, ohne die betroffenen Gemeinden in Heidelberg und im Rhein-Neckar-Kreis einzubeziehen.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum es beispielsweise im Regierungspräsidium Stuttgart 8 Schulamtsbezirke geben wird, im Regierungspräsidium Karlsruhe aber nur vier. Es ist auch nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet im dann flächenmäßig größten Schulamtsbezirk der Behördensitz geografisch an den äußersten westlichen Rand verlegt wird. Im Hinblick auf den räumlichen Zuschnitt des neuen Bezirks wäre Heidelberg, nicht nur wegen seiner geografischen Lage der richtige Standort. Mit der Ruprecht-Karls-Exzellenzuniversität und mit der Pädagogischen Hochschule sind hier zwei zentrale Partner der regionalen Bildungslandschaft beheimatet, die für die künftige Schulentwicklung wichtige Impulsgeber sind.

Es ist zu befürchten, dass durch die in der Sache falsche Entscheidung des Landeskabinetts eine Mammutbehörde entsteht, in der die Vernetzung zwischen den Schulen, den Eltern und den zuständigen Kommunen unnötigerweise immens erschwert wird.

Alle Beteiligten sind voll des Lobes über das staatliche Schulamt in Heidelberg, das für diese Aufgabe bisher in vorbildlicher Weise bewältigt hat.

Die Schaffung einer solchen Mammutbehörde ist überdies in Zeiten, in denen große Defizite unseres Bildungssystems zutage treten, genau das falsche Mittel.

Wir appellieren an die Landesregierung, diese Entscheidung zu revidieren.